

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir haben uns hier aus Anlass des 80. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz versammelt, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken und die Lehren der Geschichte in Erinnerung zu rufen. So wie es im Schwur von Buchenwald heißt, der auf dem Plakat, das zu dieser Kundgebung eingeladen hat, zitiert wird: *Die Vernichtung des Nazismus ist unsere Losung, heißt es dort, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.*

Diese Kundgebung findet in schwierigen politischen Zeiten statt. Wir stehen kurz vor den Bundestagswahlen und die Agenda des Wahlkampfes bestimmt eine Partei, die zum Teil offen nationalsozialistisches Gedankengut propagiert. Auf Abschiebungen von Asylsuchenden, auf die weitgehende Abschaffung des Asylrechts, das einst als Lehre aus dem Nationalsozialismus entstand, können sich heute fast alle Parteien einigen. Latente Feindlichkeit gegen Migrant:innen gehört heute zum selbstverständlichen Repertoire vieler Politikerinnen und Politiker. Statt Vorschläge zur Bewältigung der großen Menschheits-Krisen, zu Krieg und Umweltkatastrophe zu machen, präsentieren sie die Migrant:innen als Sündenböcke und missbrauchen die Probleme einer Einwanderungsgesellschaft um das große Politikversagen zu kaschieren.

Nie wieder Krieg, nie wieder Völkermord – das sind die beiden großen universellen Lehren aus den nationalsozialistischen Verbrechen, an die man heute rund um den 80. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz erinnern sollte. Tatsächlich aber leben wir in einem Land, in dem die etablierte Politik unisono Kriegstüchtigkeit statt Friedens-Kriegstüchtigkeit fordert und den Wehretat auf Kosten des Sozialen und der Kultur, also auf Kosten des Zusammenhalts in der Gesellschaft erhöhen will. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine, erleben wir eine angstgetriebene Politik, die im Rückgriff auf die Rhetorik des Kalten Krieges ihr Heil sucht. Wir treiben in eine Art Kriegsregime, das an den Beginn des ersten Weltkriegs erinnert. Damals taumelte man in Europa in den verheerendsten Krieg, dessen Folgen bis heute reichen. Auch heute steuert man willen- und alternativlos auf eine kriegerische Konfrontation zu und belügt sich dabei unentwegt selbst. In der Hoffnung, es werde schon nicht so schlimm kommen, wie es das eigene Kriegsprogramm vorsieht.

Es hat nie Frieden in der Welt geherrscht. Die strukturelle Gewalt, die von der ökonomischen Hegemonie des Westens in der einen Welt seit 1990 ausgeht, führt fortlaufend zu verheerenden Kriegen mit enormen menschlichen Verlusten. Jetzt aber, mit dem sinkenden Stern des Westens, kehrt der Krieg an seinen Ausgangspunkt zurück. Das trifft uns alle unvorbereitet.

Umso verheerender, dass vor unseren Augen mit live-Übertragen im Gaza-Streifen ein Kriegsverbrechen stattgefunden hat, dem offiziell mehr als 45.000 Palästinenserinnen und Palästinenser zum Opfer gefallen sind. Die israelische Armee hat den Gaza-Streifen in weiten Teilen unbewohnbar gemacht. Wenn angesehene Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, Amnesty International, Betsalem und renommierte Genozid-Forscher wie Omer Bartov von Völkermord sprechen, den die israelische Armee begangen habe, dann geht es nicht um Rhetorik. Diese Rede beruht auf ausführlichen Dokumentationen des Vorgehens der israelischen Armee und den Ankündigungen israelischer Politiker. Die Argumentation bewegt sich entlang des Völkerrechts. Und nun redet US-Präsident Trump davon, die überlebende Bevölkerung des Gaza-Streifens in andere Länder zu transferieren. Es sind die schmutzigen Fantasien von Herrschenden, die nur noch das Recht des Stärkeren predigen.

Diesen Tag, der der Opfer des NS-Völkermords gegen die jüdische Bevölkerung Europas und gegen Sinti und Roma und aller Gruppen gedenkt, deren vollständige Auslöschung das NS-Regime zu Ziel hatte, begehen wir in einem Land, das zu den genozidalen Verbrechen in Gaza kein Wort verliert, sie durch Sprechverbote und Gebote legitimiert und nicht einmal die Waffenlieferungen an Israel einstellt. Stattdessen werden die Betroffenen und die, die mit ihnen solidarisch sind, des Antisemitismus bezichtigt, werden öffentliche Räume geschlossen, und die Stimmen der Palästinenserinnen und Palästinenser gänzlich diskriminiert.

Es gibt hier häufig das Argument, das gerade auch die israelische Soziologin, Eva Illouz, vorgetragen hat, dass man schließlich zu anderen Kriegsverbrechen im Sudan und Kongo oder zum Völkermord an den Rohingyas schweige, und erst recht keine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof erhebe. Das Argument zielt darauf ab, dass man Israel besonders hart prüfe, an Israel doppelte Standards anlege, während man anderen schwerste Verbrechen durchgehen lasse. Tatsächlich gibt es eine Untersuchung der Internationalen Gerichte gegen die burmesische Junta wegen Völkermord. Und tatsächlich herrscht eine überwältigende Straflosigkeit gegenüber israelischen Politiken, die gegen das Völkerrecht verstoßen. Alle israelischen Regierungen genießen die klammheimliche oder offene Unterstützung durch den privilegierten Norden, eben auch durch Deutschland, für alle Maßnahmen seit 1967, die auf die dauerhafte Besetzung der palästinensischen Gebiete hinauslaufen. Deshalb ist die Rede von einem Apartheid-System zumindest in der Westbank und im Gaza-Streifen völkerrechtlich wohl begründet. Es ist ein auf Dauer eingerichtetes System. Für mich das entscheidende Argument gegen Eva Illouz aber ist, dass der israelische Krieg gegen die Palästinenser in Gaza ein Paradigma ist. Ein Paradigma dafür, dass in einer Welt im Umbruch versucht wird, westliche Vorherrschaft mit allen Mitteln zu sichern. Deshalb keine Kritik an Israel, deshalb kein Stopp der Unterstützung, deshalb kein Wort gegen die Aspekte der Vernichtung, die der israelische Feldzug aufweist. Die Tatsache, dass wir als ohnmächtige Augenzeugen diesen Verbrechen beiwohnen, dass wir selbst die Privilegien genießen, die hier verteidigt werden, nimmt uns mit für diese neue Welt in Haftung.

Auf ein israelisches Opfer kommen fünf palästinensische. Das ist die herrschende Ordnung in Zahlen, nicht erst seit dem völkerrechtswidrigen Angriff der Hamas am 7. Oktober auf die israelischen Dörfer und ihre Bewohnerinnen und Bewohner an der Grenze zum Gaza-Streifen, der zu 800 toten Zivilisten führte. Hinzu kommt die systematische ökonomische Deentwicklung der palästinensischen Gebiete und nun in Gaza seine immense Zerstörung, die wir bislang nur aus Drohnenbildern kennen. In diesem Gaza, das nunmehr seit 2007 einer vollständigen israelischen Blockade zu Land, zu Wasser und in der Luft unterliegt.

Es ist berechtigt, in den Debatten um israelische Politik, um Israelis und um den Zionismus auf die Gefahren eines latenten und versteckten Antisemitismus hinzuweisen. Vorurteile und Ressentiments – gerade wenn sie wie der Judenhass und der Antisemitismus so Jahrhunderte lang eingeübt wurden, genauso übrigens wie der Rassismus gegen Muslime – liegen nicht immer frei. Gerade ihre Unsichtbarkeit im Unbewussten macht sie so gefährlich. Umso erstaunlicher ist es, dass es gerade in Deutschland eine herrschende Meinung gibt, die sich für frei von Antisemitismus hält. Die Erinnerungskultur in Deutschland glaubt sich in den letzten Jahrzehnten von dem verbreiteten Antisemitismus gereinigt zu haben, weil sie sich in einer geradezu mystischen Art und Weise der Gedenken der Opfer verschrieben hat. So weit, dass sie sich ihnen fast schon anverwandelt haben. Niemand verwaltet heute seine historischen Opfer so gut wie Deutschland und erlebt dabei einen Reinigungsprozess be-

sonderer Art. Deutschland ist als „Erinnerungsweltmeister“ seine NS-Geschichte los geworden. Es hat sich, wie Thomas Mann in seiner Rede an die Deutschen nach 1945 gesagt hat, ein sauberes Kleid angezogen. Gerade die Tatsache, dass man heute in Deutschland glaubt, Experte in der Bestimmung des Antisemitismus der anderen zu sein, verweist darauf, dass die Debatte der letzten 30 Jahre, die Verstaatlichung und Verwandlung der von unten erkämpften Erinnerungskultur zu einer Staatsraison gegenüber jeder Art von israelischer Politik einzig und allein dazu diente, das heutige Deutschland aus der Verantwortung für seine Geschichte zu befreien. Die NS-Zeit ist zu einem hässlichen langsam verblassenden Fleck geronnen. Sie muss deshalb auch als Geschichte außerhalb der Geschichte erzählt werden. Die Singularitätsdebatte dient so vor allen Dingen der Befreiung Deutschlands von diesem Schandfleck. Würde man sich der Kontinuitäten bewusst sein, so zum Beispiel dem ersten deutschen Völkermord an Herero und Nama, würde das Unterfangen, die NS-Zeit als Ausnahme deutscher Geschichte zu erzählen, scheitern. Dann müsste man sich der Kolonialzeit stellen, die so kurz wie brutal war. Und man stünde vor der Aufgabe, das eigenen Denken zu dekolonisieren, also sich mit den Spuren und Traditionen des eigenen Überlegenheitsdenkens und seines Fortlebens in rassistische und neokoloniale Verhaltensmuster heute zu beschäftigen.

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit Joseph Zamora in New York. Joe war Überlebender von Auschwitz. Er kam eigentlich aus Frankfurt am Main. Sein Vater hatte einen Tabakwarenladen auf der Zeil. Gemeinsam mit seinem Vater war er 1938 geflohen. Und nach einer langen Odyssee über Zagreb und Norditalien wurden beide von deutschen Soldaten gefangengenommen und nach Auschwitz verschleppt. Sein Vater überlebte nicht. An der Wand zum alten jüdischen Friedhof im Frankfurter Ostend hängt auch ein Metallblock mit seinem Namen zwischen all den verschleppten und getöteten Jüdinnen und Juden aus Frankfurt, die hier erinnert werden. Joseph und seine Frau Gisela, ebenfalls eine Auschwitzüberlebende aus Friedberg, standen in Wahlverwandschaftsverhältnis zu meiner Familie. Wir haben uns bei uns immer wieder getroffen und gesprochen. Für Joe, der sich in den USA sicher fühlte und nur einmal mit seiner Frau nach Deutschland reiste, war klar, dass das, was ihm und seinen Angehörigen geschehen war, nicht singulär ist. Für ihn war es naheliegend seine nicht zu bewältigende Erfahrung mit dem Schicksal der Indigenen und ihrer Auslöschung auf dem amerikanischen Kontinent zu vergleichen. Für ihn war die Universalität der Menschenrechte ohne Sonderrechte für irgendeine Gruppe aufgrund der Geschichte vollkommen selbstverständlich. ER hätte das Nebeneinander der drei Museen – das Holocaust-Museum, das afroamerikanische Museum und das Museum of the American Indian auf der National Mall in Washington, vollkommen richtig gefunden. Das Holocaust-Museum in seiner universalistischen Ausrichtung auf „nie wieder Völkermord!“ egal wo, das zudem exemplarisch die Verantwortung der USA durch die Verweigerung des Schutzes für Flüchtlinge beschreibt; das Afroamerikanische Museum, das die Geschichte der Sklaverei und der Bürgerrechtsbewegung als Kontinuität der Color Line erzählt; das Indian American Museum, das am Beispiel der Urbevölkerung Nordamerikas und ihrer Vernichtung die Strukturen des Kolonialismus und den damit einher gehenden unüberwindbaren Bruch in der Geschichte der USA zum Gegenstand hat. Eine multidirektionale Erinnerungskultur, die Singularität und Vergleich aushält, ist in dieser National Mall von Washington exemplarisch angelegt. Das ist leider kein Vorbild für eine deutsche Erinnerungspolitik, die Antisemitismusvorwürfe missbraucht, um eine einwanderungsfeindliche Politik zu begründen. Nein, eine solche Erinnerungskultur wird sogar als antisemitisch denunziert. Wir müssen hier noch viel lernen.

Erinnerungspolitische Kämpfe, wie sie meine Generation in Westdeutschland geprägt haben, sind in dieser Form an ihr Ende gekommen. Wir haben erreicht, dass es überall Gedenkstätten gibt, dass der Opfer so weit wie möglich gedacht wird, dass als Ergebnis dieser erinnerungspolitischen Kämpfe Rassismus in Deutschland mit einem großen Tabu belegt war. Vielleicht ist der einwanderungsfeindliche Rassismus heute, der so viele Wählerstimmen bekommt, dass alle Parteien auf diesem Klavier spielen wollen, auch ein Beleg für den Erfolg dieser Auseinandersetzungen. Denn Deutschland wird trotz aller Versuche, Einwanderung zu beschränken und wie jetzt Friedrich Merz davon zu träumen, das Asylrecht ganz zu beseitigen, ein Einwanderungsland bleiben. Die ethnisch-nationalen Phantasien sind gefährlich. Sie träumen davon, Bürger- und soziale Rechte an ethnische Herkunft zu binden. Die Forderung nach Remigration ist ihr schlimmster und ihr faschistoider Ausdruck. Aber all das kann an dem Befund, dass wir in einem Einwanderungsland leben, nichts ändern. Wenn es also heute noch sinnvolle erinnerungspolitische Kämpfe gibt, dann müssen sie dieser Tatsache Rechnung tragen. Die Demokratie in einem Einwanderungsland braucht Erinnerungskonzepte, die sich alle Erfahrungen von Verfolgungen, Terror und Vernichtung öffnen, statt sich in sinnlosen Singularitätsdebatten zu verlieren.

Und noch ein Letztes: Der 27. Januar ist als Gedenktag für die Opfer der NS-Verbrechen eingerichtet. Das ist gut und richtig. Aber gerade angesichts des Versagens vor der Geschichte beim Zulassen des völkermörderischen Krieges in Gaza, scheint mir es ebenso wichtig, sich der Täter und der Täterstrukturen zu erinnern, die die ungeheuerlichen NS-Verbrechen möglich gemacht haben. Sich der Opfer zu erinnern ist ein wichtiger Versuch, die Entmenschlichung, die sie erfahren haben, zu erinnern. Rückgängig kann die Erinnerung aber die Entmenschlichung nicht machen. Sich mit den Tätern und Zuschauern des NS-Regimes zu beschäftigen, erlaubt allerdings Rückschlüsse auf heute. Das Nebeneinanderher von Untat und erbarmungslosen Streben nach Glück der Täter:innen, wie es in dem Film *Zone of Interest* erzählt wird – ist das nicht auch ein Zeichen unserer Zeit heute? An der Mauer von Auschwitz pflegt die Kommandanten-Gattin ihren wunderschönen Garten mitten in der Tonspur der Vernichtungsmaschinerie. Pflegen wir nicht auch unseren Vorgarten als Zuschauerinnen und Profiteure, während nebenan in einer Welt aus tiefer Ungleichheit und ökologischer Zerstörung systematisch Menschen vernichtet werden? Der Opfer des NS-Regimes zu gedenken heißt deshalb aus meiner Sicht die ungeheuren Aufgabe zu verstehen, die wir alle haben. Nämlich für eine menschenwürdige Zukunft aller Sorge zu tragen, die auf diesem Planeten leben, Entwürfe zu überlegen, Visionen zu entwickeln. Angesichts des verbreiteten nationalen Egoismus, des Sieges der Oligarchien, stehen wir mit dem Rücken zur Wand. Und doch: Zu einem planetarischen Bewusstsein und zu einer Politik, die eine planetarische Verantwortung übernimmt, gibt es keine Alternative.

Gedenken, sich erinnern, muss Teil dieser Perspektive sein.